

Replik auf Kommda. An der Unabhängigkeit der Justiz in Österreich ist noch viel grundlegender zu arbeiten als angenommen.

Es braucht eine Justizreform

VON PETER HILPOLD

Benedikt Kommdas Leitartikel „Es ist was faul im Rechtsstaate Österreich“ (25. 9. 2023) hat noch mehr Sprengkraft, als der Titel schon andeutet. Zuallererst: Die parteipolitische Blockade bei der Besetzung der Gerichtsspitzen ist blamabel und beschämend über die Staatsgrenzen hinaus. Selbst wenn diese unmittelbare Herausforderung gelöst werden sollte, ist aber an der Unabhängigkeit der Justiz Österreich noch viel grundlegender zu arbeiten.

Da wären einmal die Staatsanwaltschaften, die aus der politischen Einfluss- und Weisungskette herausgenommen werden müssen. Die Schaffung der von der Regierung fest versprochenen Bundesstaatsanwaltschaft in dieser Legislaturperiode wird aber mit jedem Tag unrealistischer.

Aber auch in der Gerichtsbarkeit gibt es Grundlegendes zu tun: Der Sideletter-Skandal ist auch nicht ansatzweise aufgearbeitet worden. Wie ist es möglich, dass es in Österreich – selbst für die Verfassungsgerichtsbarkeit! – ein geheimes De-facto-Bestellverfahren an der Verfassung vorbei gibt? Das nicht nur „empfehlenden“ Charakter hat, sondern, wie es scheint, punktuell umgesetzt wird!

Dass es seit 2022 (!), nach dem aufgedeckten Chat-Skandal, einen Personalsenat für Neubesetzungen im OGH-Präsidium gibt, mögen Einzelne als ersten Erfolg feiern. Aber dass die endgültige Entscheidung wiederum vom Justizminister/von der Justizministerin getroffen wird, entwertet diese „Reform“ dann wieder weitgehend und setzt uns europaweit ins Abseits. Wäre es nicht endlich Zeit, das in der Vergangenheit bspw. von der früheren OGH-Präsidentin Irmgard Griss propagierte Modell eines Justizselbstverwaltungskörpers umzusetzen? Einrichtungen dieser Art gibt es weltweit – ist ein solches Maß an Unabhängigkeit der Justiz für Österreich nicht verkraftbar?

Ein solcher Selbstverwaltungskörper könnte die Bestel-

lung von Richtern auf allen Ebenen mit einem Höchstmaß an Unabhängigkeit regeln. Vorzugsweise unter Einbeziehung von externen Experten (bspw. Professoren und Vertreterinnen sonstiger juristischer Berufskategorien), da damit gerade in einem so kleinen Land wie Österreich ein erheblicher Objektivitätsgewinn zu erzielen wäre.

Verquickungen abschaffen

Während bei der Besetzung der Bestellgremien die engen Berufsgrenzen zu überwinden wären, sollte hingegen bei der Berufsausübung über die in Österreich eigenartige Verquickung von Funktionen nachgedacht werden. Dass nämlich hohe Richter häufig gleichzeitig professorale Ämter einnehmen, wirft nicht nur Fragen hinsichtlich der Arbeitsbelastung bei höchstgerichtlichen Funktionen auf und schafft Interessenskonflikte. Im Besonderen wird damit zusätzlich die Unabhängigkeit und Objektivität der Rechtsprechung gefährdet, wenn sich diese am Katheder selbst bestätigt.

Umgekehrt könnten die Universitäten nur gewinnen, wenn der durch das UG 2002 – EU-rechtswidrig! – ausgeschlossene Rechtsweg im Universitätsbereich wiederhergestellt würde, um zumindest die ärgsten Missstände im Uni-Sektor wirksam bekämpfen zu können.

Die geplante Auflösung des liechtensteinischen OGH sei ebenfalls angesprochen. Daran regte, sich z. T. massive, z. T. offensichtlich von einem Interessenskonflikt befeuert Kritik aus Österreich, teilweise in einem Tonfall zum Fremdschämen. Vielleicht können die vorliegenden Überlegungen – und noch prägnanter der Titel von Kommdas Beitrag – zu denken geben, wenn die souveräne liechtensteinische Politik beratschlagt wird, sie laufe hiermit Gefahr, den Anschluss an die europäische Rechtsstaatlichkeit zu verlieren.

Dr. Peter Hilpold (*1965) ist Professor für Völker-, Europa- und Vergleichendes Öffentliches Recht an der Uni Innsbruck.



NACH DEN FAKE NEWS
KOMMEN JETZT DIE MIXED NEWS

Entzaubert die digitale Welt!

KI. Die Beschwörung einer künstlichen Intelligenzform ist der Versuch, die Welt zu mystifizieren und uns Feenstaub in die Augen zu reiben.

VON ADRIAN LOBE

Chat GPT hat für einen riesigen KI-Hype gesorgt. Kaum ein Softwareprodukt hat in den vergangenen Jahren eine so große mediale Aufmerksamkeit erfahren. KI, heißt es, könne die Gesellschaft so verändern wie die Erfindung der Elektrizität. Open-AI-Chef Sam Altman wurde auf seiner „Welttour“ wie ein Rockstar gefeiert, in seinen Reden und Interviews malt er seine eigene Schöpfung in den düstersten Farben aus. Das Geräusch über den Weltuntergang ist freilich Teil einer ausgeklügelten PR-Strategie, eine Technologie noch etwas mächtiger zu machen, als sie eigentlich ist. Einer KI, die so zerstörerisch wie eine Atombombe sein kann, traut man vielleicht eher eine Bildungsrevolution zu als einer Lernsoftware.

Der aufmerksame Beobachter fragt sich schon länger, warum eine Technik, die darin besteht, Zeichen neu zusammenzusetzen, derart gehypt wurde, zumal Sprachmodelle

nichts Neues sind. Künstliche Intelligenz war schon immer ein Marketingbegriff, und fast nichts, was als KI vermarktet wird, ist intelligent. Wenn man unter die Motorhaube der hochmotorisierten Sprachmodelle schaut, bleibt nicht viel mehr übrig als eine semiotische Black Box. Selbst Entwickler räumen ein, dass die Modelle noch viel zu unfertig seien, um auf absehbare Zeit verlässliche Ergebnisse zu produzieren.

Chat GTP wird dümmer

Noch immer braucht es menschliche Zuarbeiter, die Daten labeln oder roboterhafte Antworten schreiben, um den schönen Schein der künstlichen Intelligenz zu wahren. In Kenia, Indien und Venezuela markiert eine ganze Armada von Crowdworkern in monotoner Klickarbeit Objekte wie Fußgänger oder Fahrzeuge in Videoaufnahmen, damit das Roboterfahrzeug keinen Unfall verursacht. Amazon-Gründer Jeff Bezos, dessen Konzern über die Plattform MTurk Tau-

sende Klickarbeiter rekrutiert, sprach mal von „künstlicher künstlicher Intelligenz“. Die Kunstfertigkeit von KI war schon immer eine Illusion. Doch jetzt, da nicht nur Nutzer, sondern auch Wissenschaftler konstatieren, dass das Nachfolgemodell GPT-4 über die Zeit dümmer wird, stürzt der monströse Popanz in sich zusammen. Ein stochastischer Papagei, der alles nachplappert, wird wohl kaum die Menschheit auslöschen.

Die Plattform X (vormals Twitter) hat bereits ein Leselimit eingeführt, um zu verhindern, dass KI-Systeme mit Tweets gefüttert werden. Der britische „Guardian“ hat den Chat-GPT-Entwickler Open AI sogar blockiert. Amazon wird von KI-generierten Büchern geflutet, im Netz schießen Fake-Webseiten ins Kraut, die die Integrität des digitalen Informationssystems gefährden. Schon jetzt gibt es Befürchtungen, dass KI-Systeme mit KI-generierten Inhalten gefüttert werden und sich gegenseitig karnibalisieren, also das wiederkäuen, >

PIZZICATO

Fab Four der Krisendiplomatie

Im Außenministerium im Washingtoner Stadtteil Foggy Bottom, wo es hinter den Kulissen mitunter ein wenig schäbig wirkt wie oft hinter der Fassade der westlichen Supermacht, erklangen neulich Gitarrenriffs zum Muddy-Waters-Song „I'm Your Hoochie Coochie Man“. US-Außenminister Antony Blinken hatte zuvor die „Global Music Diplomacy Initiative“ vorgestellt. Eine Kulturdiplomatie, in der Herbie Hancock oder das Philadelphia Orchestra Araber und Chinesen bezirzen und den American Way vermitteln sollen – so wie die USA einst Marlene Dietrich und Co. zur Truppenbetreuung nach Europa oder Vietnam geschickt haben.

Unter dem Künstlernamen „Ablinken“ – in Anspielung auf Abe Lincoln – spielte der passionierte Gitarrist und Beatles-Fan Blinken selbst den Blues. Er rührte fast wie Elvis. Ein Ventil für den Chefdiplomaten im rastlosen Kriseneinsatz von Afghanistan bis Zypern.

Antony Blinken, einst bei der Band Coalition of the Willing am Bass, könnte mit einer internationalen Krisendiplomatie-Combo auf Tournee gehen: die Fab Four mit der Deutschen Annalena Baerbock als Background-Sängerin, mit Alexander Schallenberg am Piano und dem Briten James Cleverly an den Drums. Ob der Rock Sergej Lawrow und Wang Yi, den abgebrühten Außenministern Russlands und Chinas, in die Glieder fährt? (vier)

E-Mails an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Franz Schellhorn sollte liberale Partei gründen

Zum Interview mit Franz Schellhorn, von Gerhard Hofer, 23.9.

Welch ein Balsam für die Seele gequälter Liberaler in Österreich, der wenigen echten Liberalen, nicht der linksliberalen Bobos, die ideologisch eindeutig rot-grün orientiert sind und sich gern ein liberales Mäntelchen umhängen möchten. Wenn die Neos wieder die echten Liberalen vertreten, werden sie zwar nicht die Nummer eins werden, könnten aber in Koalition mit der ÖVP erfolgreich eine vernünftige Politik machen. Statt Meinel-Reisinger sollte Franz Schellhorn die Neos übernehmen oder eine neue, echt liberale Partei gründen.
Dr. Georg Rohrmoser, 1080 Wien

Grüne in der Falle des Nullsummenspiels

„Paket für längeres Arbeiten ...“, von Klaus Knittelfelder, 27.9.

Klaus Knittelfelder berichtet vom „koalitionären Pingpong“ bez. der geplanten Reformen gegen den Fachkräftemangel. Hier sperrt sich der grüne Sozialminister, Rauch, gegen die Abschaffung der Pensionsbeiträge für arbeitende Pensionisten mit dem Argument, dass damit „eintretende Junge verdrängt werden könnten“. Dabei übersehen die Grünen, dass sie in der Falle des Nullsummenspiels sind. Nullsummenspiel bedeutet, dass nur einer gewinnen kann, was ein anderer verliert. Somit ist der Gesamtgewinn dieses „Spiels“ begrenzt.

Außerhalb von Planwirtschaften à la DDR ist die Welt jedoch komplexer. Denn die Menge von bestimmten Gütern ist in einer Marktwirtschaft keineswegs fix, sondern sie vermehren sich durch die Teilnahme verschiedener Akteure. Das ist wirtschaftliches Wachstum! Für den Arbeitsmarkt

bedeutet das, dass gerade durch erfahrene ältere Mitarbeiter der Fachkräftemangel verringert werden kann und somit Unternehmen wachsen können, womit wiederum Nachfrage nach Arbeitskräften entsteht. Und gerade dieses unternehmerische Wachstum kann zusätzliche Nachfrage nach jungen Mitarbeitern generieren. Im Übrigen besteht seit 2021 ein deutlicher Überhang von offenen Lehrstellen gegenüber Suchenden.
Dr. Thomas Opferkuch, 1090 Wien

Was für eine Verbeugung vor dem Kommerz!

„Schani forever ...“, „Stadtbild“ von Wolfgang Freitag, 27.9.

Mittwoch ist für mich immer Freitag-Tag, ich lese die Glossen von Herrn Freitag sehr gern, habe schon einige Anregungen daraus bezogen. Diesmal aber hat er mir so ganz aus dem Herzen gesprochen.

Besonders die Schanihäuser am Graben sind eine „Pest“. Früher konnte ich wenigstens im November den Graben unverstellt >